

GRÜNE ARBEITSPLÄTZE

2023

ERFOLGE UND
CHANCEN FÜR
EUROPA



DIE GRÜNEN/EFA
im Europäischen Parlament



INHALT

<u>FÖRDERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN UND WIRTSCHAFTLICHEM AUFSCHWUNG</u>	<u>4</u>
<u>WAS SIND GRÜNE ARBEITSPLÄTZE?</u>	<u>6</u>
<u>GRÜNE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN</u>	<u>8</u>
<u>AUSSCHÖPFUNG DES GESAMTEN BESCHÄFTIGUNGS-POTENZIALS</u>	<u>12</u>
<u>SICHERUNG VON WETTBEWERBSVORTEILEN</u>	<u>14</u>
<u>FÖRDERUNG MENSCHENWÜRDIGER ARBEIT</u>	<u>16</u>
<u>EIN SOZIAL GERECHTER GRÜNER ÜBERGANG</u>	<u>19</u>
<u>DAS RECHT AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG</u>	<u>21</u>
<u>FRAUEN IN GRÜNEN BERUFEN</u>	<u>24</u>
<u>BENACHTEILIGTE GRUPPEN AUF GRÜNEN ARBEITSPLÄTZEN</u>	<u>26</u>
<u>JUGENDLICHE IN GRÜNEN BERUFEN</u>	<u>28</u>

FÖRDERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN UND WIRTSCHAFTLICHEM AUFSCHWUNG

Die Resistenz unserer globalen Ökonomie wurde in den letzten Jahren durch die COVID-19 Pandemie, die aktuelle Energie- und Lebenshaltungskosten Krise und den Krieg von Russland gegen die Ukraine stark getestet. Proaktive Marktplanung für Arbeitsstellen und Investitionen für den Übergang muss berücksichtigen, dass Menschen, im Gegensatz zu finanziellen Kapital oder Gütern, nicht einfach zu den Möglichkeiten hinfließen können.

Eine grüne EU-Industriepolitik könnte in den kommenden Jahren der Treiber für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa werden, nicht nur in bestehenden, sondern auch, in aufstrebenden Branchen, einschließlich der Herstellung sauberer Energietechnologien, in denen sich die Zahl der Arbeitsplätze weltweit von den heutigen 6 Millionen auf fast 14 Millionen im Jahr 2030 mehr als verdoppeln könnte¹. Im Rahmen des Energiewandels werden bis 2030 25 Millionen neue grüne Arbeitsplätze entstehen, davon allein 160.000 Arbeitsplätze im Bausektor der EU durch die anstehende Gebäudesanierung Welle².

Gleichzeitig wird die Klima- und Umweltkrise ein immer ernsteres Problem. Wissenschaftler sind sich mehr denn je darüber im Klaren, dass das menschliche Handeln unser Klima stark verändert und betonen, dass die Ergreifung konkreten und korrekten Maßnahmen fehlt. In der Zwischenzeit, warnen uns Ökonomen davor, dass je länger wir Warten, um Maßnahmen zu ergreifen, desto höher sind die Kosten³.

Aber es gibt einen Ausweg: Durch die ökologische Reform unserer Volkswirtschaft können wir hochwertige grüne Arbeitsplätze schaffen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gleichzeitig den Klimawandel und die Umweltzerstörung zu bekämpfen. Die EU kann von solchen Bemühungen nur profitieren. Wenn die EU weiterhin eine „grüne Führungsrolle“ einnimmt, kann sie die Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten, die zu volatilen Preisen gekauft werden, verringern und die Versorgungssicherheit Europas steigern.

Wenn wir die starke Einbindung der Sozialpartner sicherstellen, gezielte Schulungs- und Bildungsprogramme einrichten und gleichzeitig ehrgeizige, stabile Maßnahmen zur Förderung von Innovationen und grünen Investitionen umsetzen können, könnten Millionen nachhaltiger, hochwertiger grüne Arbeitsplätze geschaffen werden. Viele davon in lokalen Kleinbetrieben und mittelständischen Unternehmen in ganz Europa.

Diese Broschüre soll Sie über **Europas Möglichkeiten zur Schaffung grüner Arbeitsplätze und die Bemühungen der Grünen/EFA im Europäischen Parlament für die Förderung grüner Beschäftigung** informieren.

¹ — Internationale Energieagentur (2023), The world is entering a new age of clean technology manufacturing, and countries industrial strategies will be key to success.

² — Europäische Kommission (2020): 'Renovation Wave: doubling the renovation rate to cut emissions, boost recovery and reduce energy poverty. (Abrufbar unter diesem Link).

³ — COACC (2021), The Economic Cost of Climate Change in Europe: Climate and socio-economic tipping points. (Abrufbar unter diesem Link).

WAS SIND GRÜNE ARBEITSPLÄTZE?

Die Definition eines „grünen Arbeitsplatzes“ ist jede berufliche Tätigkeit, die zum Schutz der Umwelt und zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt, indem sie Energie und Rohstoffe einspart, erneuerbare Energien fördert, Abfälle und Verschmutzung vermeidet oder verringert oder die Biodiversität und die Ökosysteme schützt.

Die Entwicklung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster schafft Potenzial für neue Arbeitsplätze und verwandelt bestehende in grüne, hochwertige Arbeitsplätze. Dieses geschieht nicht nur in einer Branche, sondern auch über die gesamte Wertschöpfungskette, von der Forschung bis zur Produktion, Vertrieb und Service. Dieses gilt für neuen Hightech-Sektoren wie erneuerbaren Energien, aber auch in traditionellen Branchen wie in der

verarbeitenden Industrie, dem Baugewerbe, in der Landwirtschaft und der Fischerei sowie in Dienstleistungssektoren wie der Gastronomie, dem Tourismus, dem Verkehr und dem Bildungswesen.

Unserer Ansicht nach bieten grüne Arbeitsplätze einen angemessenen sozialen Schutz, ein ausreichendes Einkommen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, die Achtung der Arbeitnehmerrechte, Möglichkeiten zur Ausbildung und Umschulung sowie die Beteiligung des Einzelnen an Entscheidungen, die sein Leben betreffen an.



Die Grünen/EFA fordern die Kommission auf, konzeptionelle Leitlinien dafür auszuarbeiten, was einen grünen Arbeitsplatz ausmacht, und zwar auf der Grundlage seines Potenzials zur ökologischen Reform der Wirtschaft, seines Beitrags zur Gesundheit und zum Wohlergehen der Menschen sowie zur Erhaltung der Natur, der langfristigen Ziele der nachhaltigen Entwicklung und der Förderung von sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und menschenwürdiger Arbeit.



GRÜNE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

*in neuen und
traditionellen Branchen*

Ein Wandel in der Energieerzeugung bietet neue wirtschaftliche Chancen: Während die Schließung umweltschädlicher Fabriken und Bergwerke zu einem Verlust von Arbeitsplätzen im Braunkohle-, Torf- und Steinkohleabbau führen wird, werden gleichzeitig neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft hat das Potenzial, das BIP der EU bis 2030 um zusätzliche 0,5 % zu steigern und rund 700.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen⁴.

ARBEITSPLÄTZE IM BEREICH ENERGIE

Die weltweite Beschäftigung im Bereich der erneuerbaren Energien lag im Jahr 2012 bei 6,9 Millionen Arbeitsplätzen und stieg bis 2021 auf 12,7 Millionen an. Davon entfielen 38 % auf China und 63 % auf Asien insgesamt. Während in Europa insgesamt 1,5 Millionen Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien angesiedelt waren – wobei in Europa der Bioenergie

Sektor der größte Arbeitgeber*innen in diesem Bereich ist. Aufgeteilt nach Industriezweigen waren 4,3 Millionen Arbeitsplätze in der Photovoltaik-Industrie (PV), 1,3 Millionen in der Windkraftindustrie, 2,4 Millionen in der Wasserkraftindustrie und 2,4 Millionen in der Biokraftstoffindustrie zu finden. Wenn Europa ehrgeizige klimapolitische Maßnahmen ergreift, wird das Potenzial des Sektors sogar noch wachsen.

Die Umstellung auf erneuerbare Energien erfordert zusätzliche Arbeitskräfte für die Entwicklung und Konstruktion des Sektors, aber auch für die Enthaltung der Infrastrukturen der erneuerbaren Energien. Dies verspricht positive Auswirkungen auf die Arbeitsplatzentwicklung. Es wird erwartet, dass durch den Einsatz sauberer Energietechnologien bis 2030 zwischen 100.000 und 300.000 Arbeitsplätze geschaffen werden können und bis 2050 wächst diese Zahl bis zu 460.000⁵.

Erfolge der Grünen • Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament arbeiten hart daran, mehr grüne Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Beispielsweise veranlasste eine Initiative zweier grüner Europaabgeordneter (Anna Cavazzini und Bas Eickhout) im Jahr 2023 das Europäische Parlament dazu, eine starke Resolution anzunehmen, in der die Kommission aufgefordert wurde, die Umschulung zu fördern und Qualifizierung europäischer Arbeitskräfte, um die Entstehung zukünftiger sauberer Industrien zu beschleunigen und die Verlagerung von Arbeitskräften aus rückläufigen und auslaufenden Industrien in diese neuen Industrien zu erleichtern, wobei die geografischen Unterschiede in der Europäischen Union zu berücksichtigen sind.

⁴ Cambridge Econometrics, Trinomics, and ICF (2018), Impacts of circular economy policies on the labour market.

⁵ IRENA and ILO (2022), Renewable energy and jobs: Annual review 2022, International Renewable Energy Agency, Abu Dhabi and International Labour Organization, Geneva.

ARBEITSPLÄTZE IM BAUGEWERBE

Darüber hinaus werden durch die Investitionen in Energieeffizienz zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen: Schätzungen zufolge entfallen auf jede eine Million, die in Effizienzmaßnahmen investiert wird, zwischen 9 und 20 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe an. Die Ausweitung der Renovierungen auf das gebrauchte Niveau, um eine 80-prozentige Reduzierung der Energieverschwendung zu schaffen, könnte zusätzliche 1,3 bis 1,4 Millionen lokale Arbeitsplätze schaffen. Durch die Verpflichtung zur Strategie der Renovierung Welle könnten bis 2030 zusätzlich 160.000 grüne Arbeitsplätze im Bausektor der EU geschaffen werden. Es ist wichtig sicherzustellen, dass es sich dabei um hochwertige Arbeitsplätze handelt und dass sie gute Arbeitsbedingungen und angemessene existenzsichernde Löhne bieten. Tiefgreifende Renovierungsprojekte sind von entscheidender Bedeutung, da sie Arbeitsplätze auf lokaler Ebene schaffen und zur Reduzierung der Kohlenstoffemissionen beitragen, indem sie Gebäude energieeffizienter machen. Darüber hinaus integrieren tiefgreifende Sanierungen erneuerbare Energien und Energiequellen in Gebäuden und vermitteln den Arbeitnehmer*innen im Bausektor Erfahrungen und Fähigkeiten im Umgang mit erneuerbaren Energien. Dies fördert den Übergang der Arbeitnehmer hin zu einer auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaft.

Organisationen der Sozialwirtschaft spielen eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung und Ausweitung von Aktivitäten der Kreislaufwirtschaft. Durch ihre Beteiligung in der Kreislaufwirtschaft und ihre Fähigkeiten im Umgang im erneuerbaren Energien Sektor erwerben. Dies fördert den Übergang der Wertschöpfungsketten und die Förderung der Abfallvermeidung durch Wiederverwendung und Reparatur ist es ihr Ziel, die soziale

Eingliederung zu stärken, indem sie Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen bieten. Dadurch tragen sie zu einem Kreislauf orientierten Geschäftsmodellen bei. Dieses ist im Einklang mit der EU-Abfallhierarchie⁶ und den Grundsätzen der Nähe und Zusammenarbeit, anstatt Gewinne für Aktionäre und Eigentümer zu erzielen⁷.

Laut La Fédération des Entreprises d'Insertion kann jeder vom Staat für die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt investierte Euro einen erwarteten Ertrag von 4,50 € erbringen⁸. RREUSE schätzt, dass Sozialunternehmen, die im Bereich der Wiederverwendung tätig sind, pro 1.000 Tonnen, die zur Wiederverwendung gesammelt werden⁹, etwa 70 Arbeitsplätze schaffen, wobei diese Zahl je nach Art der behandelten Materialien (Textilien, Elektrogeräte, Möbel usw.) zwischen 20 und 140 variiert¹⁰. Arbeitskräfte zu einer auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaft.

ARBEITSPLÄTZE IN DER KREISLAUFWIRTSCHAFT

Die Kreislaufwirtschaft bietet eine einzigartige Gelegenheit, die verarbeitende Industrie sowohl durch die Verlagerung der Produktion als auch durch Strategien wie Wiederaufbereitung, Aufarbeitung, Reparatur usw. wiederzubeleben. Nach Angaben des CEDEFOP kann die Kreislaufwirtschaft bis 2030 allein in der EU zur Schaffung von rund 2,5 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen beitragen¹¹. Außerdem schaffen Kreislauf Aktivitäten wie Recycling bei gleichem Abfallvolumen mehr als 50 Mal so viele Arbeitsplätze wie Deponien und Verbrennung, während die Reparatur mehr als 200 schafft¹².



Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sozialwirtschaftliche Organisationen ihre positiven Auswirkungen auf den Planeten sowie ihre Fähigkeit, den Kampf gegen soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zu unterstützen und menschenwürdige Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten in der Kreislaufwirtschaft zu schaffen, bewiesen haben. Vor allem im aktuellen Kontext der Perma Krise, von der vor allem die Schwächsten betroffen sind, ist es wichtig, dass die Behörden einen besseren Rechtsrahmen schaffen, um ihre sozialen und ökologischen Ziele voranzutreiben.

- 6 — Europäische Kommission (2018), EU Waste Framework Directive: Art 4, Waste Hierarchy.
- 7 — Europäische Kommission (2021), Social Economy in the EU (Abrufbar unter diesem Link).
- 8 — La Fédération des Entreprises d'Insertion (2018), Efficacité économique et efficacité sociale... en même temps (Abrufbar unter diesem Link).
- 9 — RREUSE (2021), Briefing job creation in the re-use sector: data insights from social enterprises (Abrufbar unter diesem Link).
- 10 — Ibid.
- 11 — Cedefop (2021). The green employment and skills transformation: insights from a European Green Deal skills forecast scenario (Abrufbar unter diesem Link).
- 12 — Cambridge Econometrics, Trinomics, and ICF (2018), Impacts of circular economy policies on the labour market.

AUSSCHÖPFUNG DES GESAMTEN BESCHÄFTIGUNGS- POTENZIALS



Nach Angaben der EU-Kommission geben mehr als 250.000 öffentliche Stellen in der EU jedes Jahr rund 2 Billionen Euro für den Kauf von Dienstleistungen, Bauarbeiten und Lieferungen aus. Um sicherzustellen, dass diese enormen öffentlichen Ausgaben mit den ökologischen und sozialen Zielen der EU in Einklang stehen, sollten die Behörden bei ihren Beschaffungsentscheidungen nach dem Grundsatz „Lokal kaufen, grün kaufen, sozial kaufen“ verfahren.

Das volle Potenzial der grünen Beschäftigung kann nur ausgeschöpft werden, wenn langfristige rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen nachhaltige Investitionen garantieren und Innovationen fördern. So sollten die europäischen Vorschriften sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten genügend finanziellen Spielraum für grüne und soziale Investitionen haben.



Im Jahr 2021 wurde die Vereinbarung über den Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF) von einer großen Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments angenommen¹³. Der Fonds ist ein wichtiger Baustein des „Green Deal“ und soll den Weg zu einer grünen und nachhaltigen Wirtschaft ebnen und Unterstützung für erneuerbare Energien, Start-ups, Wissenstransfer, Umschulung, soziale Infrastruktur und kulturelle Projekte bieten.

Im Jahr 2021 wurde die Vereinbarung über den Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF) von einer großen Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments angenommen. Der Fonds ist ein wichtiger Baustein des „Green Deal“ und soll den Weg zu einer grünen und nachhaltigen Wirtschaft ebnen und Unterstützung für erneuerbare Energien, Start-ups, Wissenstransfer, Umschulung, soziale Infrastruktur und kulturelle Projekte bieten.

Leider wird der Fonds nur 17,5 Milliarden Euro zur Verfügung haben, was weit unter den Forderungen der Grünen/EFA-Fraktion und der Europäischen Kommission liegt, die von den EU-Regierungen um mehr als die Hälfte gekürzt wurden.



Darüber hinaus drängen die Grünen auf eine rasche Umschichtung der massiven Subventionen für die großen Umweltverschmutzer zugunsten der schwächsten Gruppen und der Industrien, die sie am meisten benötigen.

In einem Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 2000/78/EG des Rates zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf im Lichte des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNCRPD) drückte die grüne Europaabgeordnete Katrin Langensiepen sogar ihre tiefe Besorgnis darüber aus, dass die meisten Mainstream-Programme, einschließlich derjenigen, die von den Strukturfonds abgedeckt werden, die am meisten benachteiligten Gruppen, einschließlich Menschen mit Behinderungen, nicht erreichen. Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament forderten den Europäischen Rechnungshof auf,

die Leistung der EU-Programme, insbesondere der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme, z. B. des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (YEI), des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und von Erasmus+, eingehend zu überprüfen.

Wir haben uns auch aktiv dafür eingesetzt, dass die EU-Finanzierung, einschließlich staatlicher Beihilfen, an öffentliche politische Ziele, insbesondere soziale Anforderungen, geknüpft wird. So werden qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen, Tarifverhandlungen gefördert, EU-Arbeitsrechte und -normen beachtet und bessere Arbeitsbedingungen gewährleistet.

¹³ — Verordnung (EU) 2021/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang

SICHERUNG VON WETTBE- WERBSVORTEILEN



Die Europäische Union muss jetzt in eine nachhaltige Wirtschaft investieren, wenn sie ihre Führungsposition in der Entwicklung und Produktion von ökologischen Gütern behalten will. Lange Zeit war Europa weltweit führend in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit und hat den globalen Wettbewerb bei den erneuerbaren Energien dominiert. Doch nun holen andere Volkswirtschaften auf.

Europa kann seine weltweite Führungsrolle nur halten, wenn es jetzt investiert - und zwar massiv - in eine nachhaltige Wirtschaft, wenn es ehrgeizige Umweltgesetze verabschiedet und dem Klima- und Umweltschutz in seinem Haushalt Prioritäten einräumt. Nur dann wird ein großer Teil der weltweit prognostizierten grünen Arbeitsplätze in Europa geschaffen werden.

Der Green Deal könnte eine Vorreiterrolle bei der Gewährleistung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und des grünen industriellen Wandels spielen. Unternehmen und Industrie fordern seit langem Planungssicherheit für politische Maßnahmen, die die EU-Unternehmen an die Spitze des globalen Wettlaufs um grüne Technologien bringen sollen.

Der grüne Wandel der europäischen Industrie muss finanziert werden. Die Lockerung der staatlichen Hilfen sollte zeitlich begrenzt und auf die Produktion grüner Technologien wie Windturbinen, Wärmepumpen, Solarzellen und Batterien ausgerichtet sein. Es muss klar sein, dass das Geld der Steuerzahler nicht für Boni und Dividenden ausgegeben werden darf. Die Europäische Union braucht frisches Geld aus einem neuen Souveränitätsfonds, um gezielt in Zukunftsbereiche des Industriestandortes EU zu investieren und sich von Autokraten und fossilen Brennstoffen unabhängig zu machen.

Ebenso sollte die EU-Abfallhierarchie als Kompass für den Aufbau von mehr Kreislaufwirtschaft dienen¹⁴.

¹⁴ — Europäische Kommission (2018), EU Waste Framework Directive: Art 4, Waste Hierarchy.

¹⁵ — Entschließung zum Green-Deal-Industrieplan.

In diesem Zusammenhang drängten die Grünen/EFA erfolgreich auf einen neuen Souveränitätsfonds mit frischem Geld für massive Investitionen in die Entwicklung erneuerbarer Energien, grünen Wasserstoff und die Förderung der europäischen Produktion von z. B. Windturbinen, Wärmepumpen, Solaranlagen und Batterien sowie auf die Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien in die Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen¹⁵.

FÖRDERUNG MENSCHENWÜRDIGER ARBEIT



Seit langem versuchen die europäischen Unternehmen, im globalen Wettbewerb mitzuhalten, indem sie ihre Arbeitskosten, z. B. Löhne und Sozialversicherungsbeiträge, senken. **Die Kosten für die im Produktionsprozess verbrauchten Energie und Materialien sind jedoch oft um ein Vielfaches höher als die Arbeitskosten.**

Daher werden Einsparungen beim Energie- und Materialverbrauch, die ein Kernziel der ökologischen Reform von Unternehmen darstellen, in Zukunft Wettbewerbsvorteile bringen. Energieeinsparungen und eine effizientere Nutzung von Rohstoffen tragen dazu bei, die Produktionskosten zu senken und Fabriken vor der Schließung zu bewahren, während gleichzeitig den Arbeitnehmern*innen eine angemessene Entlohnung garantiert wird.

Viele Gewerkschaften und Betriebsräte haben dies erkannt und setzen sich für eine energie- und ressourceneffiziente Produktion ein, um den Druck auf die Arbeitskosten zu mindern.

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament treffen sich regelmäßig mit Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertretern, um zu diskutieren, wie menschenwürdige Arbeit in grünen Sektoren und ein sozial gerechter Wandel gewährleistet werden können, bei dem die Arbeitnehmer eine vollwertige



Partnerschaftsrolle spielen und durch Veränderungen nicht unfähig benachteiligt werden. Außerdem setzen sich die Grünen sehr für starke soziale Sicherungssysteme in Europa ein, insbesondere während des grünen Übergangs und für Arbeitnehmer, die zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen wechseln.

Der grüne Übergang sollte eine Chance für Arbeitnehmer*innen sein, mehr und bessere Arbeitsplätze mit stabiler Beschäftigung, fairer Bezahlung und angemessenen Arbeitsbedingungen zu erhalten, wobei Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften in jeder Phase des Prozesses einbezogen werden müssen. **Beim Übergang zu Netto-Null würde eine reine Konzentration auf Qualifikationen und die Quantität der geschaffenen Arbeitsplätze keine Gerechtigkeit bringen. Dann werden Erwerbsarmut und Ungleichheit bei der Arbeit, wirtschaftliche Unsicherheit und prekäre Arbeit weiter zunehmen.** Notwendige Veränderungen sollten eine Aufwärtsentwicklung ermöglichen und nicht die Qualität der Beschäftigung gefährden.

Für uns Grüne ist es von **entscheidender Bedeutung, dass grüne menschenwürdige Arbeitsplätze** mit angemessenem sozialem Schutz, ausreichendem Einkommen, gesunden Arbeitsbedingungen, Achtung der Arbeitnehmer*innen Rechte und Beteiligung des Einzelnen an Entscheidungen, die sein Leben betreffen, fördern. Vom Übergang müssen sowohl die bestehenden Arbeitnehmer*innen profitieren, die auf neue Arbeitsplätze wechseln oder deren Arbeitsaufgaben sich erheblich ändern, indem angemessene Arbeitsbedingungen für alle gewährleistet werden. Der ökologische Wandel des Arbeitsmarktes sollte Hand in Hand gehen mit besseren Arbeitsbedingungen, einschließlich angemessener Löhne, und guter körperlicher und geistiger Gesundheit, nicht zuletzt durch Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.



Im September 2022 stimmte das Europäische Parlament für die Richtlinie über Mindestlöhne in der EU ab. Die Grünen/EFA haben die EU-Mindestlohn Richtlinie auf den Weg gebracht. Dank unseres Kampfes für #decentpay-withoutdelay werden voraussichtlich zwei Drittel der Mitgliedstaaten ihre Mindestlöhne schrittweise anheben, was den Lebensstandard von Millionen von Menschen verbessern wird, egal wo sie leben. Die Mindestlohn-Richtlinie ist ein wichtiger Sieg für eine soziale Europäische Union. Dank dieser Richtlinie werden die Löhne von 25 Millionen Arbeitnehmern*innen um 20 % angehoben. Auch für die Gleichstellung der Geschlechter ist diese Gesetzgebung ein Schritt nach vorn. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle dürfte um mindestens 5 % abnehmen, da Frauen in den am schlechtesten bezahlten Sektoren überrepräsentiert sind. Um alle Arbeitnehmer zu schützen, haben wir erfolgreich dafür gekämpft, dass auch Plattform Arbeiter*innen einbezogen werden. Die Grünen/EFA fordern die Europäische Kommission auf, Ehrgeiz zu zeigen und so bald wie möglich eine Richtlinie über ein Mindesteinkommen in der EU vorzuschlagen.

Kira Marie Peter-Hansen, Europaabgeordnete der Grünen/EFA und Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die Richtlinie zur Lohntransparenz, konnte mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission eine Einigung über eine neue EU-Richtlinie zur Lohntransparenz erzielen. Die Gesetzgebung wird mehr Rechte auf Informationen über Lohnbedingungen und Gehälter, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, geben. Das bedeutet, dass Millionen von Arbeitnehmern*innen in Europa bei Gehaltsverhandlungen besser vorbereitet sind und bessere Argumente haben, um ein gerechteres Einkommen zu erzielen. Die Richtlinie zur Lohntransparenz wird am 10. Mai 2023 unterzeichnet. Die Bestimmungen werden kurz danach in Kraft treten. Ein großer Erfolg für Millionen von Arbeitnehmern*innen in Europa und ein weiterer Schritt zur Überwindung unsichtbarer Hürden!

Schließlich gelang es den Grünen/EFA auch, eine Entschließung zu verabschieden, in der eine EU-Rechtsvorschrift gefordert wird, die Arbeitnehmern*innen das Recht einräumt, außerhalb ihrer Arbeitszeit digital von der Arbeit abzuschalten, ohne dass dies negative Folgen hat.



EIN SOZIAL GERECHTER GRÜNER ÜBERGANG



Die Gewährleistung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in neuen Sektoren, wie dem erneuerbaren Energien Sektor, kann sich als Herausforderung erweisen. Außerdem erfordert der ökologische Wandel Flexibilität. Die Arbeitnehmer müssen sich darauf verlassen können, dass sie durch eine wirksame Arbeitnehmervertretung und soziale Sicherheit durch das System des jeweiligen Mitgliedstaats abgesichert sind.

Der Übergang bietet enorme Vorteile und wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die vom bestehenden sozioökonomischen System zurückgelassen wurden, als erste das Potenzial des Übergangs nutzen können. Dieses wird helfen die Energie-, Mobilitäts- und Ernährungsarmut zu beseitigen, die Landwirtschaft und Fischerei wiederzubeleben, die von kohlenstoff intensiven

Tätigkeiten betroffenen Gebiete und Gemeinden zu regenerieren, die Unterschiede zwischen dem Entwicklungsstand der städtischen und ländlichen Gebiete und der verschiedenen Regionen, insbesondere der am stärksten benachteiligten Regionen, zu verringern. Die Gesundheit und die Freizeit zu verbessern und sichere, sinnvolle und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, insbesondere für junge Menschen und für diejenigen, die aufgrund mangelnder politischer Weitsicht in den von fossilen Brennstoffen abhängigen Industrien gefangen sind. Dazu ist es auch notwendig, die Beteiligten, die eng mit benachteiligten Gruppen zusammenarbeiten, wie z. B. die Akteure der Sozialwirtschaft, durch angemessene Rechtsvorschriften und Möglichkeiten der Aufwertung zu unterstützen, um die primären Aufgaben im allgemeinen und

kollektiven Interesse zu fördern. Der ökologische Übergang wird auch erhebliche Anstrengungen in der gesamten Gesellschaft erfordern, aber wir müssen sicherstellen, dass die Wohlhabendsten und größten Verschmutzer den Löwenanteil beitragen und dass die Schwächsten geschützt werden.

Wir von der Grünen EFA-Fraktion im Europäischen Parlament sind der festen Überzeugung, dass der Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit einhergehen muss, da beide nicht nur für den Wohlstand der Menschen unerlässlich sind, sondern sich auch gegenseitig ergänzen und verstärken. In diesem Sinne wollen wir den Europäischen Green Deal ausweiten. Wir fordern, dass er neben den Umweltverpflichtungen und -zielen auch soziale Verpflichtungen umfasst, damit der ökologische Wandel für – und nicht gegen – jeden einzelnen Menschen in Europa funktioniert.

Die Berichterstatterin der Grünen, Sara Matthieu, ließ eine Entschließung über ein angemessenes Mindesteinkommen verabschieden, in der das Europäische Parlament zum ersten Mal überhaupt eine Richtlinie über ein Mindesteinkommen fordert, das mindestens auf die nationale Armutsgrenze angehoben werden muss. Sie ist ein starkes Instrument zur Beseitigung der Armut. Empfehlungen als solche haben noch nicht zur Beseitigung der Armut geführt. Nur ein verbindliches Instrument kann ein menschenwürdiges Leben für alle gewährleisten.

Sara Matthieu, Berichterstatterin der Grünen/EFA, hat sich auch für einen soliden sozialen Klimafonds eingesetzt, der Menschen in Energie- und Mobilitätsarmut direkt unterstützt. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Grünen werden diesen Kampf fortsetzen und sich für einen stärkeren Fonds einsetzen, um einen weitaus ehrgeizigen sozialen Green Deal zu erreichen.

Stattdessen schlagen wir einen echten Grünen und Sozial deal der EU mit einem neuen und gerechten Sozialvertrag vor, der die Verwirklichung des Hauptziels der EU „...den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern“ zu seiner höchsten Priorität macht¹⁶. Unser politisches Ziel ist es, diesen neuen Sozialvertrag in eine verbindliche Verpflichtung der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten umzusetzen, um sicherzustellen, dass in allen Politikbereichen die Grenzen des Planeten respektiert werden und eine Konvergenz nach oben hin zu einem Mindestmaß an Wohlstand für die Menschen in der gesamten Union stattfindet.

Die Sozialunion sollte unter anderem die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen, angemessene Mindesteinkommensregelungen, soziale Solidaritätsmechanismen auf EU-Ebene sowie eine angemessene Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Unterstützung der Pflegewirtschaft gewährleisten¹⁷.

¹⁶ — Artikel 2 des Vertrags von Lissabon und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

¹⁷ — Unsere vollständigen Forderungen finden Sie hier: <https://www.greens-efa.eu/en/article/document/greens-efa-demands-for-a-social-union>

DAS RECHT AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG



Die Energiewende hat das Potenzial, eine große Zahl hochwertiger Arbeitsplätze zu schaffen und wird einen erheblichen Anstieg der Zahl qualifizierter Menschen in verschiedenen Branchen, einschließlich erneuerbarer Energien und Energiespeicherung, erfordern. Laut dem Europäischen Strategieplan für Energietechnologie der Kommission werden bis zum Jahr 2030 allein im Industriesektor 180.000 qualifizierte Fachkräfte, Techniker und Ingenieure benötigt. Bis zu 66.000 Arbeitsplätze würden im Bereich der Energieproduktion mit Photovoltaik benötigt werden¹⁸.

Der grüne Übergang, einschließlich der Umstellung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien, erfordert die Umschulung, Ausbildung und Weiterbildung von Arbeitnehmern*innen. Die Grünen im Europäischen Parlament fordern eine breit angelegte Bildungs- und Ausbildungsinitiative für grüne Arbeitsplätze auf allen Qualifikationsstufen. **Der grüne Wandel muss Chancen für alle bieten: Junge und Alte, Männer und Frauen, Hoch- und Geringqualifizierte, Arbeitslose und Beschäftigte.** Alle Arbeitnehmer haben ein Recht auf Ausbildung und lebenslanges Lernen.

In einer Entschließung zur Europäischen Qualifikations Agenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Widerstandsfähigkeit betonten die Grünen im Europäischen Parlament die Notwendigkeit, „*allgemeine, branchenbezogene und berufsspezifische Qualifikationen zu vermitteln, wo sie benötigt werden, und Qualifikation Engpässe und Qualifikation Ungleichgewichte zu minimieren*“¹⁹. Wir haben erreicht, dass die mit EU-Geldern finanzierten Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen den Übergang zu einer grünen Wirtschaft berücksichtigen müssen. Die Entschließung erkennt die Bedeutung des grünen Wandels für die Nachfrage nach Arbeitskräften in allen Sektoren an, während sie gleichzeitig anerkennt, dass ein erfolgreicher

Um das EU-Sozialziel für 2030 zu erreichen, wonach jährlich 60 % der Erwachsenen am lebenslangen Lernen teilnehmen sollen, muss ein integrativer, arbeitsbezogener und zielgerichteter Ansatz für die Weiterbildung gefördert werden, insbesondere für diejenigen, die keinen Zugang zu formalen Bildungsangeboten haben.

Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme müssen sicherstellen, dass ein Arbeitnehmer, der beispielsweise 30 Jahre lang im Kohlebergbau gearbeitet hat, die erforderlichen Fähigkeiten für einen grünen Arbeitsplatz erwerben kann. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass das Beschäftigungspotenzial des grünen Wandels voll ausgeschöpft werden kann. Arbeitgeber*innen, Arbeitnehmer und Regierungen sind gemeinsam dafür verantwortlich, kohärente Bildungs- und Ausbildungsstrategien zu entwickeln. Ein erster Schritt besteht darin, den neuen und künftigen Qualifikationsbedarf zu ermitteln und die Qualifikationslücken der Arbeitnehmer zu bestimmen. Darüber hinaus sollte die Nachfrage nach grünen und zirkulären Qualifikationen, z. B. Reparatur Fähigkeiten, in allen Sektoren weiter gefördert werden.

Übergang zu einer grünen Wirtschaft Hand in Hand mit Ausbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gehen muss, um die für eine grüne Wirtschaft erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen zu entwickeln.

Wir kämpfen auch hart dafür, das Grundrecht der Arbeitnehmer auf Ausbildung zu fördern und die Demokratisierung am Arbeitsplatz auszuweiten. Dieses Recht verpflichtet die Arbeitgeber*innen den voraussichtlichen Qualifikationsbedarf zu ermitteln, und die Behörden, proaktiv Ausbildungsprogramme zu entwickeln und zu fördern. Von den derzeitigen oder künftigen Arbeitnehmern*innen kann nicht erwartet werden, dass sie die für die expandierenden grünen Sektoren erforderlichen Qualifikationen vorhersehen können. Man kann auch nicht erwarten, dass sie ohne den proaktiven Ansatz von Arbeitgeber*innen und Behörden wissen, welche Ausbildungsmöglichkeiten es gibt. Schließlich finden Innovation und Kreativität nicht nur in Forschungseinrichtungen statt, sondern auch in den Unternehmen, wenn die Arbeitnehmer neue Ideen vorschlagen.

Sara Matthieu, Europaabgeordnete der Grünen/EFA, betont in ihrem INI-Bericht über grüne Arbeitsplätze²⁰, dass jede Arbeitnehmer*innen ein individuelles Recht auf Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen haben muss, das sich in jeder EU- und nationalen Umweltpolitik sowie in den Minderungs- und Anpassungsstrategien der Unternehmen widerspiegeln muss. Öffentliche und private Stellen müssen eng mit den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft, den Anbietern von allgemeiner und beruflicher Bildung, den Arbeitsmarktbehörden, den Lernenden und den Vertretern von Organisationen oder Einrichtungen zusammenarbeiten, die in den Bereichen Qualifikationen, allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen tätig sind. Sie betont ferner, dass die Arbeitnehmer*innen an der Festlegung der Qualifikationsprofile beteiligt werden sollten, die für die Planung des Übergangs der Arbeitnehmer benötigt werden, sowie an der Gestaltung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, um die erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln.

¹⁸ — Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung und Innovation, Gemeinsame Forschungsstelle, The strategic energy technology (SET) plan, Amt für Veröffentlichungen, 2019, <https://data.europa.eu/doi/10.2777/04888>

¹⁹ — Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 2021 zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz (2020/2818(RSP))

²⁰ — Der Entwurf des Berichts über grüne Arbeitsplätze (2023) ist abrufbar unter diesem Link.

FRAUEN IN GRÜNEN BERUFEN



Die Gleichstellung der Geschlechter sollte ein wesentlicher Bestandteil von Strategien für eine grüne Wirtschaft werden, da ein gerechter Übergang, der sich ausschließlich auf die umweltschädlichsten Sektoren in bestimmten Regionen konzentriert, hauptsächlich männlichen Arbeitnehmern*innen zugutekommt und die bestehende Geschlechtertrennung und Ungleichheiten verstärkt. Eine grüne Wirtschaft ohne die Einbeziehung der Gleichstellung der Geschlechter könnte mit der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit unvereinbar sein.

Derzeit sind nur 35 % der Beschäftigten im EE-Sektor Frauen, und während Frauen 46 % der Verwaltungsposten innehaben, besetzen sie nur 28 % der technischen und 32 % der leitenden Managementpositionen. Dieser Sektor schneidet zwar immer noch viel besser ab als der Sektor der fossilen Energieträger, in dem Frauen weniger als 12 % der Führungspositionen innehaben, aber er kann sich noch verbessern. Das Potenzial für die Schaffung grüner Arbeitsplätze ist in bestimmten Sektoren wie dem Baugewerbe, der Herstellung von Solar- und Windkraftanlagen und der Forschung im Bereich energie- und

ressourcenschonender Technologien besonders groß. Diese Sektoren sind in den EU-Mitgliedstaaten traditionell von Männern dominiert und die Vorurteile von Arbeitgeber*innen und Kollegen*innen sind oft so tief verwurzelt, dass viele Frauen immer noch von Diskriminierung bedroht sind. Gleichzeitig entscheiden sich junge Frauen auch heute noch nur selten für Berufe in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament setzen sich nachdrücklich für die Beteiligung von Frauen an der grünen Wirtschaft ein. Neueste Untersuchungen, die im Auftrag unserer Fraktion durchgeführt wurden, zeigen schockierenderweise, dass die überwiegende Mehrheit der ARF-Gelder (kurzfristig 75 %, mittelfristig aber immer noch 60 %) in die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Männer investiert wird. Dies zeigt einmal mehr, dass ohne durchsetzbare Regeln für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in solchen Sektoren gut gemeinte Mittel am Ende dazu führen, dass bestehende Verzerrungen noch verschärft werden²¹.

In ihrem INI-Bericht über grüne Arbeitsplätze²² fordert Sara Matthieu, Europaabgeordnete der Grünen/EFA, die Kommission auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass bereits bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nicht auf die entstehende grüne Wirtschaft übertragen werden und dass die Chancen für Frauen auf dem sich verändernden Arbeitsmarkt erkannt und genutzt werden.

²¹ — Gender Impact Evaluation of the Recovery and Resilience Plan for Italy" Dr. Giovanna BADALASSI - andere Studien zeigten ähnliche Ergebnisse für Deutschland und Spanien (jeweils ein wenig besser und ein wenig schlechter)

²² — Der Entwurf des Berichts über grüne Arbeitsplätze (2023) ist abrufbar unter diesem Link.

BENACHTEILIGTE GRUPPEN AUF GRÜNEN ARBEITSPLÄTZEN

Alle benachteiligten Gruppen sollten die Möglichkeit haben, einen aktiven Beitrag zum grünen Wandel zu leisten. Akteure der Sozialwirtschaft wie Sozialunternehmen, einschließlich Sozialunternehmen für Arbeitsintegration, zeigen, dass grüne Arbeitsplätze mit Möglichkeiten der sozialen Eingliederung für alle bedürftigen Menschen, einschließlich Menschen mit Behinderungen, einhergehen können.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf volle Teilhabe am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft, aber ihre Grundrechte werden ihnen in der EU oft vorenthalten. Menschen mit Behinderungen sind eine vielfältige Gruppe, die häufig einer intersektionellen Diskriminierung ausgesetzt ist.

50,6 % der Menschen mit Behinderungen sind erwerbstätig (48,3 % der Frauen und 53,3 % der Männer), verglichen mit 74,8 % der Menschen ohne Behinderungen²³. Die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderung (17,1 %) ist fast doppelt so hoch wie die der Allgemeinbevölkerung (10,2 %)²⁴ und die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung dauert länger als die von Menschen ohne Behinderung, unabhängig von ihrer Qualifikation. Die Arbeitslosenquote ist bei jungen Menschen mit Behinderungen (im Alter zwischen 16 und

24 Jahren) mit 24,9 % am höchsten, verglichen mit 16,6 % in der Allgemeinbevölkerung²⁵. Frauen mit Behinderungen, die 16 % der Gesamtbevölkerung von Frauen und 60 % der Gesamtbevölkerung von Menschen mit Behinderungen in der EU ausmachen, sind nach wie vor in allen Lebensbereichen mehrfacher und intersektioneller Diskriminierung ausgesetzt.

Dieser Unterschied ist untrennbar mit den Bildungsmöglichkeiten verbunden. Sie sind überwiegend vom offenen Arbeitsmarkt ausgeschlossen und ihnen wird das Recht verweigert, gleichberechtigt mit anderen einer Arbeit nachzugehen, oder sie haben große Schwierigkeiten, einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und gleiche Bedingungen für die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu erreichen.

In ihrem Bericht forderte die Europaabgeordnete Katrin Langensiepen eine stärkere EU-Gesetzgebung, um die Mitgliedstaaten zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Die horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie, die seit mehr als einem Jahrzehnt im Rat blockiert ist, muss angenommen werden und eine neue, starke EU-Behindertenstrategie für die Zeit nach 2020 muss auf den Weg gebracht werden. Sie betonte außerdem, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten einen präventiven und integrativen Ansatz für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz verfolgen müssen, wenn sie die Einstellung und Rückkehr von Menschen mit Behinderungen an den Arbeitsplatz unterstützen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein gerechter Übergang die Gleichstellung der Geschlechter fördern und Menschen mit Behinderungen, Menschen in gefährdeten und benachteiligten Situationen sowie Randgruppen stärken muss, um zu vermeiden, dass die bestehenden Ungleichheiten verstärkt werden. Daher müssen die aktive Einbeziehung und Beteiligung von Frauen und anderen Randgruppen während

des gesamten Übergangsprozesses sowie die Förderung integrativer Arbeitsmärkte und verbesserter Arbeitsbedingungen wesentlicher Bestandteil dieses Übergangs sein.

²³ — EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2017.

²⁴ — Idem.

²⁵ — ANED 2019

JUGENDLICHE IN GRÜNEN BERUFEN



Für junge Menschen ist es schwierig, nach der Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Viel zu viele junge Menschen sind tagsüber in unbezahlten Jobs gefangen, nehmen dann aber, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, bezahlte Nachtjobs an. Andere stecken in einem Teufelskreis von einem unbezahlten Praktikum zum nächsten. Da es unmöglich ist, eine gute bezahlte Arbeit zu finden.

Junge Menschen sind die Grundlage für nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand in Europa und sind eine Schlüssel-Priorität für die EU, wie in der Europäischen Jugendstrategie und der verstärkten Jugendgarantie bekräftigt wird. Sie verdienen daher vorrangige Maßnahmen zu ihrer Unterstützung, ihrem Schutz, ihrer Orientierung und ihrer Eingliederung. Es ist wichtig, dass Sie von den neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die durch den grünen Wandel geschaffen werden, vollkommen profitieren.



Die Abgeordneten stimmten dafür, unbezahlte Praktika zu verbieten und damit der Erwartung ein Ende zu setzen, dass junge Menschen zunächst umsonst arbeiten sollten, um später für einen Einstiegsjob in Frage zu kommen. Die Grünen/EFA forderten eine angemessene Vergütung und sozialen Schutz für alle Praktika, um jungen Menschen, die sich nicht auf finanzielle Sicherheit oder elterliche Unterstützung verlassen können, den Zugang zu Praktika zu erleichtern. Nun ist es an der Europäischen Kommission, ein Gesetz vorzuschlagen, das sicherstellt, dass jeder Praktikant eine Vergütung erhält.

IMPRESSUM

Diese Publikation wurde von den Grünen/EFA im Europäischen Parlament erstellt. Ihr erster Teil basiert auf früheren Arbeiten der grünen Europaabgeordneten Elisabeth Schroedter, insbesondere auf der Broschüre „Green Jobs, Die Chance für den europäischen Arbeitsmarkt“, die 2011 veröffentlicht wurde. Sie basiert auch auf dem Bericht des Europäischen Parlaments „Green Jobs“, der von der Europaabgeordneten Sara Matthieu im Juni 2023 vorgestellt wurde, Berichterstatte: Sara Matthieu.

Diese Publikation wurde durch die Beiträge unserer Partner und Kollegen in den nationalen grünen Parteien, der Zivilgesellschaft, die in dieser Broschüre erwähnt werden, den Büros der Europaabgeordneten, die an der Grünen/EFA-Kampagne zur Kreislaufwirtschaft beteiligt sind, sowie den politischen Beratern und Mitarbeitern der Grünen/EFA-Fraktion ermöglicht.

Projektkoordination:

Narmine Abou Bakari - Kampagnenleiterin für Kreislaufwirtschaft.

Erfahren Sie mehr über die Grünen/EFA Kampagne für Kreislaufwirtschaft:

<https://www.greens-efa.eu/en/campaigns/green-our-tech>

Design:

Okay When Agency

Gedruckte Exemplare können bestellt werden bei:

Die Grünen/EFA im Büro des Europäischen Parlaments

PHS 02C039

Rue Wiertz 60 - 1047 Brüssel – Belgien

Email:

narmine.aboubakari@europarl.europa.eu

Bilder:

Seite 4-5: Sol / Unsplash

Seite 7: Daria Pimkina / Unsplash

Seite 11: okeykat / Unsplash

Seite 12: Nate Johnston / Unsplash

Seite 16: Tim Mossholder / Unsplash

Seite 26: Marcus Aurelius / Pexels

Seite 28: Ivan Samkov / Pexels

Juli 2023

Diese Publikation wurde auf 100 % Recyclingpapier mit Druckfarben auf pflanzlicher Basis gedruckt.

**The Greens/EFA
in the European Parliament**

60 Rue Wiertz
1047 Brussels
www.greens-efa.eu

Diese Publikation und alle Referenzen
sind online verfügbar unter:
greens-efa.eu/green-jobs

